Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr. 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 31 a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel, und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 25. Oktober 1927 **76. Jahrgang. Nr. 1093**

Die Wahlrechtsinterpellation.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Germania" geschrieben:

Die Wahlrechtsinterpellation des Zentrums hat in der Presse der übrigen Parteien eine Aufnahme gefunden, die überraschen muß. Man hätte mit vollem Recht erwarten dürfen, daß dieser Schritt des Zentrums, der endlich in der immer brennender gewordenen Wahlrechtsfrage eine Tat bedeutet, eine gerechtere Würdigung in der Presse der übrigen Parteien gefunden hätte. Man hätte das um so mehr erwarten dürfen, da die Presse fast aller Parteien seit langem der Volksmeinung entsprechend auf Änderung des geltenden Wahlrechts gedrängt hat. Es bedeutet doch immerhin etwas, wenn eine Partei, wie das Zentrum, die den führenden Mann der Reichsgeschäfte stellt, in dieser Frage einen so energischen Schritt unternimmt. Es ist schon etwas gewonnen, daß die Wahlrechtsfrage überhaupt einmal ernsthaft aus dem Parlament heraus angeschnitten wird. Es versteht sich auch von selbst, daß die Regierung, in der das Zentrum selbst vertreten ist, nicht mit einer Handbewegung diese Interpellation des Zentrums abtun kann, sondern sie ebenso ernsthaft beantworten muß, wie sie gemeint ist.

Wir müssen erleben, daß in einem Teil der gegnerischen Presse dem Zentrum allerlei Motive unterstellt werden, oder daß sogar behauptet wird, daß es das Zentrum mit seiner Interpellation gar nicht ernsthaft meine. Diese Auffassung ist, wie eigentlich nicht erst betont zu werden brauchte, völlig falsch und irreführend. Aber selbst, wenn es der Fall wäre, würde die Haltung der übrigen Presse auch dann unverständlich sein. Denn dann hätte sie erst recht alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Aktion des Zentrums nun auch weiter getragen und weiter geführt wird. Gewiß hat ein Teil der übrigen Presse nicht unrecht, wenn sie gewisse Zweifel an dem guten Willen oder der Kraft dieses Reichstages äußert, die Wahlrechtsreform überhaupt ernsthaft in Angriff zu nehmen, aber gerade diese Erwägung hätte unseres Erachtens die gegnerische Presse nun erst recht veranlassen sollen, mit aller Entschiedenheit sich hinter die Aktion des Zentrums zu stellen, um ihr so größeren Nachdruck zu verleihen, und mit dazu beizutragen, daß der Reichstag sich endlich auf seine Pflicht besinnt. Ganz und gar unverständlich ist die Einstellung des „Vorwärts". Die Sozialdemokraten legen Wert darauf, sich als Hüter und Wahrer der Rechte des Volkes zu bekennen. Aber dann hätten sie und auch der „Vorwärts" allen Grund, statt die ehrlichen Absichten des Zentrums zu verdächtigen, die Interpellation mit allen Kräften zu unterstützen. Die Gefahr, daß das gegenwärtig geltende Wahlrecht mehr und mehr plutokratische und undemokratische Bestrebungen fördert, kann dem „Vorwärts" nicht unverborgen geblieben sein. Die Rechte des Volkes, die die Sozialdemokratie zu verfechten sich berufen fühlt, werden durch dieses Wahlrecht auf das Empfindlichste geschädigt und verletzt. Das wird auch in den weitesten Wählermassen heute mit aller Deutlichkeit empfunden. Es ist daher auch eine ganz unverständliche Bemerkung, wenn der „Vorwärts" u. a. schreibt: „Daß die innere Uebereinstimmung zwischen Wählern und Parlamentariern im Zentrum unter der Herrschaft des Bürgerblocks in die Brüche geht, ist begreiflich. Daß aber deshalb noch schleunigst die Regierung des Bürgerblocks das Wahlrecht ändern soll, dafür würden die Wähler am wenigsten Verständnis haben." Der „Vorwärts" sollte sich doch hüten, eine so ernste und wichtige Frage, wie es die Wahlrechtsfrage ist, dazu zu mißbrauchen, um in dieser Weise bei seinen Lesern die Bedeutung des Schrittes des Zentrums zu verkleinern und zu verdächtigen. Wir können dem „Vorwärts" in keiner Weise zustimmen, wenn er meint, daß eine Frage von so großer Bedeutung nicht am Schluß der Gesetzgebungsperiode eines Parlaments durchgepeitscht werden könne, dessen Zusammensetzung dem Volkswillen nicht mehr entspreche. Der Reichstag hat noch hinreichend Zeit, wenn er nur den ernsten Willen hat, die Wahlrechtsfrage noch vor seinem Ende durchzuführen. Es gehört nur einiger guter Wille dazu. Ob dieser allerdings vorhanden ist, daran muß nach der Haltung des „Vorwärts" und anderer Blätter leider allerdings ernsthaft Zweifel auftauchen.

Unzutreffende Gerüchte.

Keine Ermordung des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin.

w **Berlin**, 24. Okt. (Tel.) **Zu den umlaufenden Gerüchten über eine angebliche Ermordung eines tschechoslowakischen Diplomaten in Berlin, die, wie wir bereits in der Abendausgabe meldeten, auch die Börse beunruhigten, erfahren wir von unterrichteter Seite daß diese Gerüchte völlig unrichtig sind. Sie haben ihre Entstehungsursache vielleicht in dem Umstande, daß der Legationsattaché der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Berlin, Dr. Hermann Ungar, vor einigen Tagen bei einer Autofahrt verunglückte und ein Bein brach.**

Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage.

r **Berlin**, 24. Okt. Der Arbeitsausschuß der „Vereinigung Republikanische Presse" hat Vorschläge zur Regelung der Flaggenfrage ausgearbeitet, die der Reichsregierung und den Reichstagsfraktionen der Deutsch-Demokratischen Partei, Deutschen Volkspartei, Sozialdemokratischen Partei, Wirtschaftsvereinigung und dem Zentrum zugeleitet worden sind und für deren gesetzgeberische Durchführung die Republikanische Presse sich einsetzen wird.

1. Vorschlag betreffend die Nationalflagge: Jeder Deutsche, der eine ausländische Flagge hißt, ist verpflichtet, in gleicher Höhe und in gleicher Größe eine Flagge in den Reichsfarben schwarz-rot-gold zu hissen. Als Begründung wird der bekannte Flaggenkonflikt mit den Berliner Hotels angeführt. 2. Vorschlag betreffend die Handelsflagge. Die schwarz-rot-goldene Gösch, die nach der Reichsverfassung für die Handelsflagge vorgeschrieben ist, muß ein Viertel des Flaggentuches ausmachen. 3. Vorschlag betreffend die Reichswehrflagge (bisher Reichskriegsflagge): Die Reichswehrflagge (bisher Reichskriegsflagge) ist schwarz-rot-gold mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte.

Beginn der Zurückziehung der Besatzungstruppen.

w **Paris**, 24. Okt. (Tel.) Havas meldet aus Mainz: Die Verminderung der Stärke der Besatzungstruppen hat gestern begonnen. 6 Maschinengewehrbataillone haben das besetzte Gebiet verlassen und sind auf eine gewisse Anzahl französischer Armeekorps verteilt worden. Zwei Maschinengewehrbataillone sind aus Coblenz und je eins aus Worms, Neustadt, Speyer und Landau zurückgezogen worden. Die Truppenverminderung wird heute fortgesetzt, zwei Bataillone des 52. Eisenbahnerregimentes haben Trier mit Bestimmung Toul verlassen.

Freigesprochen!

Der Mörder des Kronberger Feldhüters freigesprochen.

Wiesbaden, 24. Okt. Der Kronberger Zwischenfall, bei dem am 9. Oktober der Feldhüter Haas bei einem Zusammenstoß mit drei engl. Soldaten den Tod fand, endete heute vor dem engl. Kriegsgericht in Wiesbaden mit einem Freispruch des angeklagten Soldaten Garlitt, dem Notwehr zugebilligt wurde. Garlitt, der mit seinen Kameraden unbefugter Weise den Weg durch einen Garten eingeschlagen hatte, erklärte, er habe sich von dem Feldhüter bedroht gefühlt und ihm einen Stoß gegeben. Als Todesursache hat der deutsche Arzt festgestellt, daß der Feldhüter durch den Stoß in den Leib ohnmächtig wurde und beim Fallen einen tödlichen Schädelbruch erlitt.

Zum Memorandum des Reparationsagenten.

Die heutige Kabinettssitzung.

tu **Berlin**, 24. Okt. (Tel.) Über die heutige Kabinettssitzung wird folgendes Communiqué ausgegeben:

„Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Prüfung des kürzlich dem Reichsfinanzministerium von dem Reparationsagenten übermittelten Memorandums. Zugleich nahm das Kabinett von den Darlegungen Kenntnis, welche der Reichsfinanzminister am 26. ds. Mts. im Hauptausschuß des Reichstages über die Finanzlage des Reiches machen wird."

Zur Besprechung Dr. Köhlers mit dem Reparationsagenten.

S **Berlin**, 24. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Über die Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler und dem Reparationsagenten Parker Gilbert, die bekanntlich am Samstag ei gesetzt hatten und laufend fortgesetzt werden sollen, ist bisher nichts veröffentlicht worden. Man nimmt daher an, daß der Reichsfinanzminister zunächst einmal dem Kabinett über die ganze Angelegenheit Aufschluß geben will, wonach alsdann die Fraktionsvorsitzenden unterrichtet werden sollen. Ob das Schriftstück veröffentlicht werden wird, steht auch noch keineswegs fest, weil man hierüber innerhalb der Regierung geteilter Meinung ist. Nach weiteren Verlautbarungen aus parlamentarischen Kreisen beabsichtigt der Reichsfinanzminister an den Haushaltsausschuß des Reichstages, der am Mittwoch seine Beratungen über die Besoldungsreform aufnimmt, das Ersuchen zu richten, die Verhandlungen, die im Zusammenhang mit dem Schreiben des Reparationsagenten stehen für vertraulich zu erklären. Wenn die Verhandlungen im Haushalts- und Bildungsausschuß kann man jedenfalls gespannt sein, da sie nach allem Vorhergegangenen sehr interessant zu werden versprechen, liegen doch gewaltige Probleme zur Beratung vor. Die Deckungsfrage wird auch hier in den Vordergrund geschoben werden, zumal die Opposition hofft, dadurch in letzter Stunde noch dem Reichsschulgesetz den Todesstoß versetzen zu können. Ein Berliner Blatt veröffentlicht am Spätabend eine Information, wonach beabsichtigt sein soll, die Vorlage über die Besoldungsreform so zu ändern, daß sich eine geringere finanzielle Belastung sowohl für das Reich als auch für die Länder ergebe. Demgegenüber verlautet von gutunterrichteter parlamentarischer Seite, daß eine solche Absicht nicht besteht, vielmehr anzunehmen ist, daß die Besoldungsvorlage unverändert verabschiedet wird.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion tritt morgen nachmittag zu einer Besprechung über die Gesamtlage zusammen. Die Fraktion wird sich am Donnerstag mit laufenden Fragen beschäftigen.

Eine Erklärung des preußischen Finanzministers zum Schritt Parker Gilberts.

Das Besoldungsgesetz vor dem Hauptausschuß des preußischen Landtages.

tu **Berlin**, 24. Okt. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages begann heute die Vorberatung des preußischen Besoldungsgesetzes. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff gab zunächst auf Anfrage aus dem Ausschuß folgende Erklärung zum Schritte des Reparationsagenten Parker Gilbert ab:

„Es ist durch die Veröffentlichung einer amerikanischen Zeitung bekannt geworden, daß der Reparationsagent dem Reichsfinanzminister ein Memorandum übersandt hat, in dem er zu den großen Fragen der Finanzpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden Stellung nimmt und im Zusammenhang hiermit auch die Frage der Besoldung berührt. Ich glaube nicht annehmen zu sollen, daß dieses Memorandum dazu führen könnte, daß die Besoldungsvorlage der Reichsregierung etwa zurückgenommen werden würde. Ich nehme weiter an, daß der Reichsfinanzminister am Mittwoch bei der Beratung des Hauptausschusses des Reichstages zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird, und halte es daher nicht für zweckmäßig, daß wir die Erörterung über die aufgeworfenen Fragen hier vertiefen."

Der Minister äußerte sich dann zum Besoldungsgesetz über die Deckungsfrage. Er habe sich im Reichskabinett zur Übernahme von 120 Millionen Mark Ausgaben aus der Besoldungsordnung bereiterklärt, könne aber jetzt sagen, daß Preußen sogar 130 Millionen für diese Zwecke zu Verfügung stelle. Für den Restbetrag müsse jedoch das Reich helfend eingreifen. Die starken Belastungen durch die Besoldungsvorlage würden von der preußischen Staatsregierung für tragbar erklärt. Der Landtag und seine Ausschüsse dürften jedoch über die Vorlage hinaus Mehrausgaben nicht beschließen.

Der Ausschuß vertagte dann die Weiterberatung auf Dienstag. Es sollen zunächst die Beamtenspitzenorganisationen gehört werden.

Die geplante Vereinfachung der bayerischen Staatsverwaltung.

tu **München**, 24. Okt. Zu der in Bayern geplanten Vereinfachung der Staatsverwaltung erfährt die Telegraphen-Union, daß das Sozialministerium aufgehoben und seine Aufgaben auf die Ministerien des Innern und des Äußern aufgeteilt werden sollen, wobei das Ministerium des Äußern in Zukunft die Bezeichnung „Staatskanzlei" erhalten würde. Die Nachricht von der geplanten Auflösung des Sozialministeriums hat die Organisationen der christlichen Gewerkschaften und der katholischen Angestellten und Arbeiterschaft zu einer neuen Kundgebung veranlaßt, in der erklärt wird, daß bei einer Beseitigung oder Aufteilung des Sozialministeriums die Landesvorstände der Organisationen dem Drängen ihrer Mitglieder, politische Konsequenzen zu ziehen, nicht mehr länger Widerstand leisten könnten. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß der Ernst dieser Warnung nicht unterschätzt wird. Inzwischen läßt die Bayerische Volkspartei durch ihre Korrespondenz erklären, daß von feststehenden Beschlüssen des Ministerrates bezüglich der Organisation der Ministerien noch keine Rede sein könne.

Um die Besetzung des Botschafterpostens in Washington.

S **Washington**, 24. Okt. **(Eig. Meldung.)** Die einflußreiche „Baltimore Sun" beschäftigt sich in einem Leitartikel mit Berliner Meldungen über die Möglichkeit der Ernennung des jetzigen deutschen Generalkonsuls in Newyork, Dr. von Lewinski, zum Nachfolger des Botschafters Freiherrn von Maltzahn. Das angesehene Blatt schreibt u. a.: „Wenige Deutsche, die seit Kriegsende in amtlicher Eigenschaft hierher entsandt wurden, haben mehr für die dauerhafte Wiederherstellung der deutsch-amerikanischen Beziehungen getan als Dr. Karl von Lewinski. Als Vertreter seiner Regierung in der deutsch-amerikanischen gemischten Kommission hat Herr von Lewinski 5 Jahre lang anstrengende und komplizierte Verhandlungen in einer Weise geführt, die ihm in Washington hohe Achtung und Wertschätzung eingetragen hat. Berliner Berichte besagen, daß Herr von Lewinski jetzt ernsthaft als Nachfolger Freiherr von Maltzahns für den Posten der deutschen Botschaft in Aussicht genommen sei. Es kann nicht die Aufgabe einer amerikanischen Zeitung sein, sich die Beratung einer ausländischen Regierung anzumaßen in einer Angelegenheit wie dieser, aber es ist durchaus einwandfrei und völlig angemessen, Befriedigung darüber zu äußern, daß der große, wenngleich nach außen wenig in Erscheinung tretende Wert von Lewinskis Verdiensten als Abgesandter seines Landes offenbar im Auswärtigen Amt in Berlin anerkannt wird."

Deutsches Reich

Auswärtiger Ausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 24. Okt. (Tel.) Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages konnte heute die Debatte über die Genfer Verhandlungen und die damit zusammenhängenden außenpolitischen Fragen abschließen. An der Aussprache beteiligen sich die Vertreter aller Parteien. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann beteiligte sich an der Diskussion. Den Vorsitz der heutigen Sitzung führte in Vertretung der verhinderten Abgeordneten Wallraf (DN) und Müller-Franken (S) der Abg. Hoetzsch (DN).

Die Wiener Reise des Reichskanzlers.

Berlin, 24. Okt. Der Wiener Gegenbesuch des Reichskanzlers Dr. Marx und des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann ist wie die Voss. Zeitung meldet, auf die Zeit vom 14. bis 16. November festgesetzt. Marx und Stresemann reisen am Sonntag, den 13. November nach Wien ab und kehren am 17. nach Berlin zurück.

Der französisch-amerikanische Zollkonflikt.

Amerikas Antwort in Paris. — Washington gibt nach?

tu **Paris**, 24. Okt. **Wie zu der heute nachmittag überreichten amerikanischen Antwortnote verlautet, bestätigt sich der Eindruck, daß die amerikanische Regierung ihre Forderung bezüglich der Meistbegünstigungsklausel aufgegeben hat. Sie soll sich darauf beschränken, die Anwendung der gegenwärtigen Minimalzölle auf eine bestimmte Anzahl amerikanischer Erzeugnisse zu verlangen. Wahrscheinlich dürfte die amerikanische Note auf der Eröffnung allgemeiner Handelsvertragsverhandlungen bestehen.**

Kurze Nachrichten.

Der Ortsverein Groß-Dresden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat gegen 22 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß die Altsozialdemokratische Partei nicht als republikanische Partei anzuerkennen sei.

Reichsgerichtspräsident Simons hielt in Budapest einen Vortrag über juristische Probleme der Nachkriegszeit und wandte sich in seinen Ausführungen gegen die Aufrechterhaltung des Paßzwangs. Weiter sprach Präsident Simons über die Behandlung der fremden Staatsbürger bei Bodenenteignungen und ging dabei auf die zwischen Polen und Deutschland und Rumänien und Ungarn aufgetauchten Konflikte ein.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schiele, hat dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt seinen Antrittsbesuch gemacht.



König Fuad in Paris
Der Ägypter-König begrüßt die Bevölkerung, am Wagen Präsident Doumergue.

Die Römische Frage.

Von Professor Franz Xaver Zimmermann, Rom.

Alle Ereignisse der vorigen Woche traten zurück gegen das eine unerwartete Geschehnis, daß der Vatikan selbst aus seiner, nun seit 1½ Jahren streng bewahrten Reserve heraustrat, und geradezu in offizieller Form Stellung nahm zu einem Politikum, das seit fast 60 Jahren ungelöst blieb, zur „Questione Romana", zur „Römischen Frage".

Unter dem Begriff „Römische Frage" begreift man das Problem, wie dem Papste in Rom die ihm seit 1770 entrissene, volle Souveränität und die weltliche Herrschaft zurückgegeben werden soll. Es ist keine Titel-, sondern eine Rechts- und Sachfrage, die sich aus jenem einseitig abgefaßten, sogn. „Garantiegesetz" vom 13. Mai 1871 ergibt, das die seitherige Lage des Heiligen Stuhles geschaffen hat. Das Gesetz wurde vatikanischerseits nie anerkannt, der Papst lebte seither nur unter wiederholt erneuertem Protest gegen den ihm aufgezwungenen Daseinszustand und versinnbildlichte aller Welt gegenüber diesen Protest dadurch, daß er „als Gefangener im Vatikan" Grund und Boden seiner apostolischen Paläste und der zugehörigen Gärten, nie mehr verließ. Die ihm durch jenes Garantiegesetz zugesicherte, steuerfreie Jahresrente von 3 225 000 Liren, hat der Papst bisher nie angenommen oder behoben, in seinen Palästen lebt er nicht als eigener Herr, sondern besitzt sie nur leihweise zur Nutznießung, so daß von einem Eigentum des Vatikans mit der Peterskirche, des Lateran, der Cancelleria, Datarie und der Almoserie sowie des Castello Gandolfo nicht gesprochen werden kann. Seine Souveränitätsrechte, die man ihm ließ, sind nur die eines Ehrensouveräns, nicht die eines wirklichen, freien und unabhängigen Herren, auch wenn es die Rechte der Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit gegenüber staatlichen Gerichten sind, die Exterritorialität seiner Paläste, das der Leibwache, der Garden und der freien Post, sowie das Gesandtschaftsrecht, demzufolge der Papst Gesandte absenden und fremde diplomatische Vertreter an seinem Hofe halten kann.

Solcher Art, blieb die Rechts- und Machtstellung des Papstes in Rom eine offene Frage, an die kaum gerührt wurde. Denn bis zum Aufkommen des Faszismus dachte keine italienische Regierung je daran, dem Papste auch nur einen Teil seiner enteigneten Gebiete und ebensowenig ihm die volle politische Souveränität zurückzugeben. Auswärtige Bemühungen zur Beilegung des zwischen Quirinal und Vatikan entstandenen Konfliktes wurden abgewiesen, so der Vorschlag Napoleons III., die Römische Frage einem Kongreß zu unterbreiten, ebenso Bismarcks gleicher Plan und Gladstones Konferenzvorschlag. Zu dem Versuche Crispis, unmittelbar mit dem Vatikan zu verhandeln, waren die Zeiten noch nicht reif. Sie waren es auch bei dem Regierungsantritt Mussolinis noch nicht, und das auch heute noch vom christlichen Standpunkt aus mit Recht grundsätzlich bestrittene System des Faszismus mußte sich in den fünf Jahren seines Regimes manche herbe Kritik seitens der Kirche anhören. Aber Mussolini hatte aus Prinzip die unter seinen Vorgängern bekämpfte Religion, deren Träger in Italien nur die katholische Kirche sein kann, und damit also den Katholizismus in sein neues, den Staat vollständig umwandelndes System eingestellt, und er fand Beifall dafür im Volke, im militärischen, beamteten und in Parteikreisen, nicht minder als in geistlichen, so daß viele Priester des italienischen Klerus bis zu manchem Kardinal hinauf als neue nationale Italiener seine Parteigänger wurden. Demgegenüber hielt man an den obersten Stellen der Kirche sich abwartend, ja mißtrauisch zurück, erkannte das vielerlei Gute, das der Faszismus im religiösen Leben Italiens wieder gebracht hatte, an, ließ aber an die Römische Frage nicht rühren. Im Vorjahre griff, als der Kardinalstaatssekretär Gasparri und die Kirche allzusehr in den politischen Kampf hineingezogen wurden, der Papst selbst ein, lehnte alle bisherigen Annäherungsversuche unter Betonung des grundsätzlichen Standpunktes der Kirche ab und verschob damit die öffentliche Behandlung des Themas auf unbestimmbare Zukunftszeit.

Diese damals unbestimmbare Zukunft ist vor wenigen Tagen unerwartet ein Heute, ist Gegenwart geworden. Denn der Vatikan hat es für gut befunden, in die öffentlichen, publizistischen Debatten über die Questione Romana auch seinerseits, und dies offiziell, einzugreifen und hat in Erwiderung zweier Artikel, die der frühere Unterrichtsminister Gentile im „Corriere della Sera" von Mailand und der Bruder des Duce, Arnaldo Mussolini, im „Popolo d' Italia" auch programmatisch zu diesem Thema veröffentlicht hatten, geantwortet.

Diese Antwort des Vatikans geht über alles hinaus, was an maßgebenden Ennunziationen in den letzten Jahren von jener Stelle ausging, weil sie die Frage zum ersten Mal nicht nur nach allgemeinen, grundsätzlichen Gesichts- und Rechtspunkten behandelt, sondern sie mit konkreten praktischen Vorschlägen aufrollt. Sie ist kein bloßer Protest mehr, wie ihn der Vatikan konsequent durch 57 Jahre erhob, sondern der wirkliche Versuch, einer Lösung entgegenzukommen, ein Schritt aus dem unbedingt Verneinenden ins möglicherweise Bejahende, eine greifbare Unterlage für Diskussion und Verhandlung und ein einseitiges Präliminare für eventuelle Friedensverhandlungen.

Die wesentlichen Punkte der vatikanischen Erörterungen sind: Italien hat den Staat, dessen die Kirche zur Ausübung ihrer geistigen Aufgaben in der Welt bedarf, mit rauher Hand vernichtet und damit eine Lage der Dinge aufgehoben, die das Werk von Jahrhunderten stabilisiert hatte. Italien allein kann — und es ist dies auch seine Pflicht — diesen Staat wiederherstellen, wenn auch nicht in dem Ausmaß von einst, so doch in einem ganz kleinen, das genügen muß, die volle Freiheit und Unabhängigkeit des Herrscheramtes über die Seelen allen Gläubigen der Welt sichtbar und anschaulich zu machen. Zur Schaffung dieses Staates ruft der Heilige Stuhl keine auswärtigen Mächte auf und keine internationalen Gerichtshöfe. Er erwartet die Lösung nicht von einer auswärtigen Intervention, sondern nur von der Rechtlichkeit und Gerechtigkeit des italienischen Volkes. Die auswärtigen Mächte hatten nur ein eventl. zwischen dem italienischen Staat und der Kirche getroffenes Abkommen in den herkömmlichen Formen zur Kenntnis zu nehmen. Es ist nicht wahr, daß der Papst niemals so frei gewesen sei, wie seit 1870: wäre dies richtig, so gäbe es heute doch keine auch von staatlicher Seite zugestandene „lebendige und ungelöste, brennende Römische Frage". Diese Frage ist keine rein italienische, sondern eine Weltfrage (questione universale), keine rein nationale, sondern eine inter- oder übernationale, eine katholische, eine Weltfrage. Die verlangte Freiheit und Unabhängigkeit des Oberhauptes der Christenheit muß nicht nur wirklich und vollkommen (reale e perfetta), sondern auch sichtbar (manifesta) für alle Gläubigen sein, damit der Papst nicht als „der Kaplan eines Prinzen" erscheine, in dessen Palast er sein heiliges Amt ausübt. Als Haupt der religiösen Interessen der gesamten katholischen Welt kann der Papst keiner weltlichen Macht, und wäre sie auch eine gute und katholische, unterworfen sein. Würde der Papst die Garantiegesetze anerkennen, so käme er in eine solche Abhängigkeit, daß der gesamte katholische Erdkreis ihm mit Mißtrauen und Verdacht begegnen und alle seine Handlungen in einem politischen Sinn auslegen müßte. Das wäre der Tag, an dem sich die Abfälle von der Kirche, der Verlust der Seelen mehren würden, und Nationalkirchen und damit ein vielfaches Schisma entstünde. Nicht die Gläubigen der ganzen Welt etwa müßten zum Richter in dieser Frage gemacht werden: der Papst allein hätte über die Bedingungen seiner Freiheit und Unabhängigkeit und über die notwendigen und hinreichenden Garantien derselben zu entscheiden. Er ist der einzige Richter. Jeder Versuch Italiens, einseitig an die Beilegung des seit 1870 bestehen-

den Zwistes zu gehen, müßte scheitern, wenn er nicht die Zustimmung dessen hätte, der die Zügel des gesamten katholischen Erdkreises in der Hand hält.

Die Ausführungen des „Osservatore Romano" haben in der Stadt, wie im Königreich und im Ausland den stärksten Eindruck hervorgerufen. Uebertreibungen in einer allzu optimistischen Auffassung und schon vorgebrachte Einzelheiten über Art und Einrichtung eines eventuellen Kirchenstaates — wofür viel besser eines „kirchlichen Staates" oder „päpstlichen Staates" gesagt werden sollte —, sind abzulehnen. Aus Paris und London liegen bereits solche Stimmen vor, die aber nichts bedeuten und die auch von der römischen Presse sofort zurückgewiesen wurden, da man ja weiß, wie leicht es sich jenseits der Alpen über vatikanische Dinge phantasieren läßt. Die Erklärung Mussolinis, die jedes territorische Zugeständnis ablehnt, hat in Rom die bisher schwankende Auslegung von allzu naher Erwartung der Lösung zu ablehnender Skepsis geführt. Doch ist die Meinung noch begründet, daß das Werk der Lösung, zu dem die Dokumente des Osservatore ein Vorspiel bilden könnten, wenn überhaupt, so nur gelingen könne, solange ein einziger durchgreifender Wille, verbunden mit Stärke und Macht, sich durchzusetzen, die Dinge in Italien beherrscht.

Anschlußkundgebung des österreichisch-deutschen Volksbundes.

-r- **Köln**, 23. Okt. Die Ortsgruppe Köln des österreichisch-deutschen Volksbundes veranstaltete heute im Gürzenich eine eindrucksvolle Kundgebung für den Anschluß. Reichstagspräsident Loebe hielt eine mit großem Beifall aufgenommene Rede, in der er darauf hinwies, daß bei der Salzburger Volksabstimmung 98 Prozent der Bevölkerung sich für den Anschluß an Deutschland erklärt hätten. Der Redner setzte sich dann mit den jüngsten Ausführungen Sauerweins im „Matin" über die Anschlußfrage auseinander und erwiderte darauf, daß, wenn es dem französischen Blatt zweifelhaft sei, ob das Anschlußbestreben in Österreich bestehe, ganz Österreich durch freie Abstimmung selbst die Antwort darauf geben könne, ob es zu Deutschland wolle oder nicht. Reichstagspräsident Loebe sprach die Gewißheit aus, daß der Tag kommen werde, an dem niemand mehr wagen würde, dem deutschen Volke Vorschriften über sein Selbstbestimmungsrecht zu machen. Dem österreichischen Staate hätte von der Entente verboten werden können, sich Deutsch-Österreichische Republik zu nennen; man könne aber diesem Staatswesen nicht verbieten, deutsch zu denken, deutsch zu fühlen und deutsch zu handeln. Zum Schluß richtete der Redner die Aufforderung an alle Deutschen, die Österreicher so zu behandeln, als ob sie Deutsche seien.

Reichstags-Abgeordneter Dr. von Kemnitz (DN.) gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß in der Frage der Vereinigung beider Staaten ausnahmweise im deutschen und im österreichischen Volke, völlige Übereinstimmung herrsche. Der letzte Redner der Veranstaltung war Dr. Neubacher-Wien. Er wies auf die alten Kulturbeziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich hin. Heute sei ein Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs nicht anderes als die Wiederherstellung des deutschen Rechtes.

Preußentag der Demokraten.

Berlin, 23. Okt. Im Plenarsaal des Landtags begann am Samstag als Auftakt zum Wahlkampf der Preußentag der Deutschen Demokratischen Partei. Der Parteivorsitzende, der frühere Reichsminister Koch, hoffte auf baldiges Zustandekommen des deutschen Einheitsstaates. Preußen als mächtigste Stütze der republikanischen Verfassung sei bis dahin von außerordentlicher Wichtigkeit für das ganze Reich. Der Reichsinnenminister von Keudell habe allerdings nach mehrmonatiger Amtszeit das Reich noch nicht entdeckt, denn er habe auf dem Königsberger Parteitag der Deutschnationalen gesagt: Wir haben den Kaiser, das Reich und die Ehre verloren!" „Ich bin gewiß dagegen", so rief Koch mit erhebener Stimme, „daß man einem Mann wie dem ehemaligen Kaiser noch etwas Schlechtes nachwirft, aber wenn der Reichsinnenminister so etwas sagt, dann wollen doch auch wir einmal mit aller Deutlichkeit sagen, daß wir gewiß den Kaiser verloren haben, und zwar nicht nur äußerlich, sondern gerade nach den Vorfällen der letzten Jahre aus dem Herzen. Was aber das Reich anbetrifft, so ist es durch die treue Hingabe aller deutschen Stämme in den Zeiten schwerster Not gerettet worden durch eine Treue, die man bei den deutschen Fürsten vergeblich gesucht hat.

Der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Justizrat Falk-Köln, hielt das Hauptreferat über „Die demokratische Politik in den letzten Jahren". Er bemängelte die Benachteiligung Berlins im Finanzausgleich und bezeichnete es als untragbar, daß die Gemeinden nur die Realsteuern und die Einnahmen aus den städtischen Werken zur Verfügung hätten.

In der Aussprache äußerte sich der Parteivorsitzende Koch grundsätzlich zu dem Verhältnis der Demokratischen Partei gegenüber der Sozialdemokratie und erklärte, daß das, was die Demokraten von den Sozialdemokraten trenne, die Tatsache sei, daß sie bewußt oder unbewußt eine Klassenpartei darstelle. Es sei aber unmöglich, in schroffer Feindschaft zur Sozialdemokratie zu stehen, da man ihre Staatsgesinnung im Kampfe für die Republik und für eine verständige Außenpolitik immer gebraucht habe. Es müsse auch jede Rücksicht in der Politik darauf genommen werden, daß der deutsche Arbeiter zum Staat stehe. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu glauben, daß es unmöglich wäre, den Staat zu führen, wenn die Sozialdemokratie hineingedrängt werde.

Der Kulturausschuß des Preußentages stimmte einer Entschließung zu, wonach die Partei eintritt für die volksverbindende, in der Verfassung als Regelschule gesicherte Gemeinschaftsschule.

Auf der zweiten Plenarsitzung des Preußentages am Sonntag hielt der preußische Handelsminister Dr. Schreiber eine Rede über die politische und wirtschaftliche Entwicklung. Der Minister betonte, da man leider nur von einer Inlandkonjunktur sprechen könne, mit aller Kraft eine Besserung der Außenhandelsbilanz zu erstreben. Der Minister wandte sich dann der Außenpolitik zu und unterstrich, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Geltung Deutschlands in der Welt zweifellos gehoben habe. Freilich, eines sei bisher nicht gelungen, was alle Deutschen mit heißem Herzen ersehnen: Die Befreiung der Rheinlande. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff sprach über finanzpolitische Rück- und Ausblicke. Die preußischen Finanzen seien, so erklärte er, so gesund, daß Preußen in diesem Jahre ohne die Ausgaben für die Besoldungserhöhung der Beamten, die eine unbedingte Notwendigkeit sei, einen Überschuß erzielt hätte. Allerdings sei an eine Herabsetzung der Steuern in Preußen nicht zu denken. In den letzten Jahren habe Preußen überaus sparsam gewirtschaftet. Im Interesse weiterer Ersparnisse trat der Minister für eine weitgehende Vereinheitlichung der Verwaltung zwischen Reich und Ländern ein. Das Endziel müßte eine vernünftige Gliederung Norddeutschlands sein, wobei die kleinen Staatengebilde in Preußen aufgehen könnten. Die Verwaltung wäre dann in die Hände Reiches zu legen, womit der entscheidende Schritt zum Einheitsstaat getan wäre. Die Tagung schloß mit der Annahme einer Entschließung, in der sich die Demokratische Partei zur Idee des großdeutschen Einheitsstaates bekennt und ihre Anhänger auffordert, in diesem Zeichen den Wahlkampf im nächsten Jahre zu führen.

Prinz Carol über seine Stellung zur gegenwärtigen rumänischen Regierung.

w **Paris**, 22. Okt. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Agentur Havas erklärte der seit einiger Zeit in Dinard zur Erholung weilende Prinz Carol auf die Frage, ob es wahr sei, daß Abgesandte aus Rumänien sich kürzlich mit ihm über seine eventuelle Rückkehr nach Rumänien in der nächsten Zeit ausgesprochen hätten, jedermann müsse, daß er niemals die Fühlung mit seinen Freunden in Rumänien aufgegeben habe, ebensowenig, wie mit allem, was rumänisch sei. Er sei zwar nicht Thronprätendent, denn ein Prätendent handele und intrigiere, alles Dinge, deren er sich seit seiner Abreise aus Rumänien vollkommen enthalten habe. Dies bedeute jedoch nicht, daß ihm, wie man in Rumänien behaupte, die konstitutionellen Fragen gleichgültig seien. Er betone, wenn das Land ihn rufe, werde er diesem Rufe sofort Folge leisten. Auf die Frage: „Was verstehen Sie unter Land? Etwa die politischen Parteien, die Regierung, die Presse oder die öffentliche Meinung?" antwortete der Prinz: „Von all diesem ein wenig." Auf den Hinweis des Korrespondenten auf seinen formellen Thronverzicht antwortete Prinz Carol, es gebe verschiedene Arten, einen Souverän zurückzurufen, wenn man sich erst einmal über seine Rückkehr geeinigt habe, beispielsweise einen Parlamentsbeschluß, eine Volksabstimmung oder eine Verständigung unter den Parteien. Alsdann wandte sich Prinz Carol gegen die gegen seine Person gerichteten Angriffe. Er erklärte, er sei entrüstet, daß der Chef der Regierung seines Landes ihn offen des Leninismus oder des Mussolinismus beschuldige. Er sei um so mehr darüber entrüstet, weil dieser Politiker genau wisse, daß das, was er erklärt habe, gänzlich falsch sei. Diese Haltung setze ihn um so mehr in Erstaunen, als er sich stets enthalten habe, irgend jemanden anzugreifen oder gar eine politische Partei, denn er sei der Ansicht, daß jemand, der darauf vorbereitet werden soll, zu regieren, nicht das Recht habe, der Freund oder der Feind irgend einer Partei zu sein, da er eine Partei doch nur als Ausdruck eines Teiles der öffentlichen Meinung betrachten dürfe. Die Regierung in Bukarest habe die strengsten Maßnahmen ergriffen, damit seine im Juli in einer Pariser Zeitung erschienenen Erklärungen in Rumänien nicht bekannt wurden. Er halte sich für berechtigt, gegen diese Handlungsweise, die zu einem allgemeinen Verleumdungssystem gehöre, zu protestieren. In Rumänien würden gegenwärtig diejenigen, die ihm irgendwelche Sympathie bezeugten, schikaniert. Wenn dies alles auch im zivilen Leben keine Bedeutung habe, so sei es jedoch eine sehr gefährliche Methode, wenn man sie auf die Beamten und die Offiziere anwende, denn man führe auf diese Weise die Politik in das Heer ein, was der Anfang des Ruins eines Landes sei.



Russische Bündnispolitik in Asien.

Anläßlich der Untersuchung des persisch-russischen Friedens- und Wirtschaftspaktes in Moskau fand ein Bankett statt, bei dem auch der persische Außenminister zugegen war.

Von rechts nach links: der persische Außenminister Ali Goli Chan Ansari, der persische Gesandte in Moskau, Mursad und der Leiter der Moskauer Warenbörse Malysches, ein typischer Russe.

Aus aller Welt.

Die Gedenkfeierlichkeiten für Berthelot.

w **Paris**, 24. Okt. (Tel.) Die Gedenkfeier für den Chemiker Berthelot begann heute vormittag mit einer Erinnerungsausstellung in der medizinischen Fakultät der Universität Paris. Hierauf fand im Collège de France eine Erinnerungsfeier statt, bei der der Delegierte der Reichsregierung, Professor Schlenk, Direktor des Chemischen Institutes in Berlin, die Verdienste Berthelots um die Entwicklung der Chemie hervorhob. Der Redner erklärte weiter „Die Gleichheit des Zieles einer jeden Wissenschaft macht die Gelehrten aller Nationen zu Priestern im gleichen Tempel und kann sie idealer verbinden als vieles andere menschliche Streben. Daß Berthelots Größe auch in diesem Sinne unverkennbare Wirkungen gezeitigt hat, ist der deutschen Delegation ein ganz besonderer Grund, seinem Namen ehrfurchtsvoll zu huldigen." — Heute abend findet für ein geladenes Publikum in der Sorbonne in Anwesenheit des Präsidenten der Republik und unter dem Vorsitz des Ministers Painlevé die akademische Erinnerungsfeier statt, an der das diplomatische Korps und die Vertreter der Regierungen, der Universitäten und der chemischen Institute teilnehmen werden.

Kardinal O'Donnell †.

w **London**, 22. Okt. Der Primas von Irland, Kardinal O'Donnell, ist gestorben.

Patrik O'Donnell wurde am 28. Nov. 1855 in Kilraine, Glenties in der Grafschaft Donegal, geboren. Auf der katholischen Universität von Maynooth wurde er herangebildet. Er war dann Professor und Präfekt an dem Dunboyne-Seminar in Maynooth und später Rektor der Universität. Schon im Alter von 34 Jahren wurde er 1888 Bischof seiner Heimatdiözese Raphoe, bis er 1922 zum Titularerzbischof von Attelia und zum Koadjutor des Kardinal-Erzbischofs Logue von Armagh mit dem Recht der Nachfolge ernannt wurde. Nach dem Tode des Kardinals Logue am 20. Nov. 1924 folgte er diesem auf den Erzbischofssitz von Armagh als Primas von Irland. Ende 1925 erhielt Erzbischof O'Donnell die Kardinalswürde.

Neue Komitatschi-Überfälle.

w **Belgrad**, 24. Okt. (Tel.) Die Zeitung „Politica" erfährt, daß in der letzten Nacht bulgarische Komitatschis einen Angriff auf das Dorf Gradskolin, 10 Kilometer von Sajetschar entfernt, unternommen haben. Sie wurden nach einstündigem Feuergefecht zurückgeworfen. — Die gleiche Zeitung berichtet aus Posarewatsch, daß gestern nacht ein neuer Angriff gegen das dortige Munitionsdepot versucht worden sei. Die Wache alarmierte jedoch den benachbarten Posten und schlug mit dessen Hilfe die Angreifer zurück.

Aus der Stadt.

Münster, 25. Oktober.

☆ **Der preußische Justizminister Dr. Schmidt** besuchte am Montag in Begleitung zweier Mitarbeiter aus dem Ministerium das Landgericht Münster. Im Schwurgerichtssaal, in dem sich Richter, Staatsanwälte und eine Abordnung der Rechtsanwälte, sowie die Mitglieder des Beamtenrates versammelt hatten, begrüßte Landgerichtspräsident Dr. Münster den Herrn Minister und seine Begleiter mit einer Ansprache, in der der Präsident auf die räumliche Größe, Bevölkerungszahl und Bedeutung des Landgerichtsbezirk Münster hinwies. Der Herr Minister erwiderte, er freue sich, die schöne Provinzialhauptstadt Westfalens wiederzusehen und dankte für die treue Arbeit. Alsdann erfolgte die Vorstellung der Erschienenen, die der Herr Minister mit Händedruck begrüßte. Die Weiterreise des Ministers erfolgte am Montagmittag.

♤ **Alle ehem. 5. Ulanen aus Münster und Umgegend**, die einem neu zu gründenden Ulanen-Verein beitreten wollen, werden um Angabe ihrer genauen Adresse, des Jahrganges sowie der Schwadron gebeten. Einladung zu einer demnächstigen Versammlung wird daraufhin erfolgen. Die Einberufer geben sich der Erwartung hin, daß sich alle Kameraden vom Münsterland bereit erklären, dieser Anregung zu folgen, damit es gelingen möge, zur Denkmalseinweihung in Düsseldorf mit einer stattlichen Anzahl ehem. „Schwerer 5" zu erscheinen. Anmeldungen sind zu richten an Kamerad Franz Weiß, Münster, Münzstraße 1/2.

w **Unterschlagung**. Vor dem Schöffengericht hatten sich die drei Angestellten einer hiesigen Dienststelle Karl Fr., Paul B. und Emil B. zu verantworten. Ihnen wurde fortgesetzter Betrug in Tateinheit mit Urkundenfälschung vorgeworfen. Unterstützungsanträge, die bereits ihre Erledigung gefunden hatten, holten die Angeklagten wieder hervor. Für eine bestimmte Zeit bewilligten die Angeklagten auf Grund dieser alten Zahlbogen neue Unterstützungsbeträge und ließen das Geld ohne Wissen anderer Unterstützungsberechtigter von diesen abholen. Die Unterschrift des Vorsitzenden der Dienststelle wurde mit einem Faksimile hergestellt. Der Angeklagte F gab zu, daß er auf diese Art in ungefähr 100 verschiedenen Fällen sich in den Besitz von 3—4000 Mark gesetzt habe. B. will einen von F gefälschten Zahlbogen verwandt haben, um einem Nichtunterstützungsberechtigten Geld zu besorgen. Er habe dafür nur zusammen 7 Mark erhalten. B. gab zu, auf gefälschte Zahlbogen 200 Mark widerrechtlich abgehoben zu haben. Trotzdem das Gericht davon überzeugt war, daß die Angeklagten in ihrem Geständnis nicht alle Fälle ihrer Veruntreuungen angegeben hatten, billigte es ihnen mildernde Umstände zu und verurteilte F. zu einem Jahre, B. zu drei Monaten und B. zu zwei Monaten Gefängnis.

‡ **Diebstahl im Gerichtsgebäude**. Der Reisende H. war zum Vormundschaftsgericht geladen. In einem Amtszimmer, wo H. allein warten mußte, nahm er aus einem dort hängenden Bürorock eine Brieftasche eines Beamten, in der sich ein Scheckheft befand. H. nahm sich einen Scheck, füllte ihn über 60 Mark aus und unterschrieb ihn mit einem falschen Namen. An der Beamtenbank, wo er den Scheck einlösen wollte, war das betr. Konto bereits überzogen. Noch ehe dem H. diese Mitteilung gemacht wurde, hatte er es vorgezogen, spurlos zu verschwinden. Wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und versuchten Betruges wurde H. zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

-r- **Schauturnen des Schülerturnvereins am Paulinischen Gymnasium.**

Der Turnverein am Paulinischen Gymnasium feierte am vergangenen Samstag sein 30jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Verein am selben Nachmittag ein Schauturnen.

In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende Uppenkamp auf den Hauptzweck des Vereins, Schaffung eines gesunden Körpers durch eigene freiwillige Arbeit, hin. Er dankte allen Freunden des Vereins, den Lehrern und A. H. A. H. für ihre Unterstützung in der guten Sache. Prüfstein seiner Leistungen soll das Schauturnen sein, mit welchem der Schülerturnverein alljährlich vor die Öffentlichkeit tritt.

Nun begann unter den Klängen der Paulinerkapelle das Schauturnen, welches den Zuschauern ein abwechslungsreiches Bild bot. Die jungen Pauliner, vom kleinsten bis zum größten, turnten exakt und mit großem Eifer. Gut waren die Leistungen der Musterriege am Barren und Reck. Man sah schwungvolle Riesenwelle am Reck und sicherer Handstand am Barren riefen den ehrlichen Beifall der Zuschauer hervor. Vor allem die gute Durchschnittsleistung der einzelnen Riegen war für einen Schülerturnverein sehr erstaunlich. Rechte Freude hatte man an dem Mut der kleinen Sextaner und Quintaner, die den älteren Turnern in den Geschicklichkeitsübungen auf der Erde in nichts nachstehen wollten. Man sah auch auf diesem Schauturnen wieder, daß der Paulinische Turnverein viel Zeit für Freiübungen und Lockerungsübungen verwendet, was einem einseitigen Geräteturnen und damit einer zu starken Ausbildung einiger Körperglieder vorbeugen soll. Alles in allem ist das Schauturnen auch in diesem Jahre wohlgelungen, und der wohlgemeinte Beifall von Lehrern, A. H. A. H. und Mitschülern wird dem Verein ein Ansporn sein zur weiteren Arbeit an dem schönen Ziel, das er sich stellt.

Der Abend sah die Altherrenschaft mit der Aktivitas in fröhlichem Kreise zusammen und bildete einen würdigen Abschluß des diesjährigen Schauturnens und des Stiftungsfestes.

Aus den Provinzen.

‡ **Mecklenbeck**, 22. Okt. (Unverantwortlich.) Am Freitagabend fuhr ein Motorradler mit Beifahrer auf eine unbeleuchtete Karre, die schon zwei Tage an der Straße Mecklenbeck—Amelsbüren stand. Die Karre war in einer Kuhle aufgestellt und im Dunkel auch bei Laternenschein schlecht zu sehen. Die Motorradfahrer waren vom Glück begünstigt. Sie flogen zwar in den Straßengraben, kamen jedoch mit dem Schrecken davon; das N. S. U.-Motorrad wurde aber stark beschädigt, konnte aber in einer nahen Werkstatt wieder betriebsfähig gemacht werden.

○ **Greven**, 22. Okt. (Hugo Schründer †.) Im 64. Lebensjahre starb der Ehrenvorsitzende des Krieger- und Militärvereins Greven Kaufmann Hugo Schründer. Volle 40 Jahre lang war er ein Freund und Förderer des Kriegervereinswesens. Vor dem Kriege besorgte er die Geschäfte des Kassierers und Schriftführers im Verein. Während des Krieges stand er an der Spitze der Kommission, welche die im Felde stehenden Kameraden mit Liebesgaben versorgte. In der Nachkriegszeit leitete er die sich alljährlich wiederholenden Sammlungen für die Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen, Waisen und Altveteranen, in deren Herzen er sich durch diese unermüdliche Tätigkeit ein dauerndes Gedenken gesichert hat.

☆ **Herbern**, 23. Okt. (Zentrumsversammlung.) Die heute hier abgehaltene Zentrumsversammlung, die von dem Vorsitzenden Lehrer Belting mit einem Hoch auf unsern Reichspräsidenten v. Hindenburg eingeleitet wurde, war außergewöhnlich gut besucht. Herr v. Papen schilderte sehr eingehend die Arbeiten der Partei und ermahnte alle, treu zur Zentrumsfahne zu stehen. In kultureller Beziehung, insbesondere bei dem neuen Reichsschulgesetz, würde die Zentrumspartei keinen Millimeter von den fundamentalen Grundsätzen der katholischen Weltanschauung, der konfessionellen Schule, abweichen. Weiter betonte der Redner, daß unsere ganze Staatsverwaltung zu teuer sei, es müßten hier Sparmaßnahmen getroffen werden.

♤ **Castrop-Rauxel**, 22. Okt. (Raubmord.) Einbrecher drangen in der vergangenen Nacht in die Villa des Bauunternehmers Karl Voigt an der Kaiserstraße ein. Voigt erwachte von dem Geräusch, das die Eindringlinge machten, erhob sich aus dem Bett und stellte die Eindringlinge. Einer von diesen zog den Revolver und schoß den Villenbesitzer durch mehrere Schüsse nieder. Dann entflohen die Burschen. Voigt wurde dem Krankenhaus zugeführt, doch konnte ihm keine Rettung mehr werden. Er starb alsbald. Ein Täter hat am Tatort einen Hut und ein Messer zurückgelassen. Er ist mit seinem Komplizen unerkannt entkommen.

◎ **Langendreer**, 24. Okt. (Grubenunglück.) Durch herabfallendes Gestein wurden auf Zeche Mansfeld heute nachmittag zwei Bergarbeiter getötet. Die beiden Leichen sind geborgen. Ein dritter geriet so tief unter die Trümmer, daß es bisher nicht gelungen ist, ihn zu bergen.

☆ **Hagen**, 24. Okt. (Ein Giftmordprozeß,) der voraussichtlich eineinhalb Wochen dauern wird, hat heute vor dem hiesigen Schwurgericht begonnen. Die 29jährige Haushälterin Alma Hohnsel aus Oberbrügge i. W. ist angeklagt, im März 1927 ihren Hausherrn, den Fabrikanten Rudolph Berghaus, durch Arsenik vergiftet zu haben, um schneller in den Genuß eines Testamentes zu kommen, durch das sie zur Alleinerbin eines Vermögens von 120 000 Mark eingesetzt worden war. Zu dem Prozeß sind nicht weniger als hundert Zeugen und acht Sachverständige geladen. Der erste Verhandlungstag begann mit der Vernehmung der Angeklagten, die jede Schuld bestreitet. Die Angeklagte kam mit 15 Jahren als Lehrmädchen in das Büro der von dem Verstorbenen geführten Schnapsbrennerei und wurde nach dem im Jahre 1924 durch Ertrinken erfolgten Tode seiner Frau von Berghaus als Haushälterin angenommen. Er, der 37 Jahre älter war, hatte die feste Absicht gehabt, sie zu heiraten und hatte mehrere Monate nach dem Ableben der Frau sein Testament dahin abgeändert, daß er sie zur Universalerbin einsetzte. Die Heiratsabsicht sei indes durch Todesfall und Krankheit durchkreuzt worden. Im Dezember

Der Kinobrand in Tammerfors.

21 Personen getötet.

Helsingfors, 24. Okt. Zu dem Kinobrand berichten die Blätter: 50 auf dem Balkon befindliche Personen konnten das Freie nicht mehr erreichen und sprangen ins Parkett hinunter. Eine Anzahl von Zuschauern kam in den Flammen um, während viele lebensgefährlich verletzt wurden. Einige der Verletzten sind bereits gestorben. Die Gesamtzahl der Todesopfer beträgt 21.

Zu dem furchtbaren Brandunglück in einem Kino in Tammerfors (Finnland) meldet die „Vossische Zeitung" noch folgende Einzelheiten: In dem Maschinenraum geriet eine Filmrolle in Brand. Der Maschinist, ein junger Bursche, verlor den Kopf, stürzte aus dem Raum und ließ die Tür offen, so daß die Flammen freien Abzug hatten und mit rasender Schnelligkeit auf den dichtbesetzten Balkon übergriffen. Es entstand eine Panik, bei der 19 Personen in den Flammen umkamen. Das Feuer griff auch auf das Parkett über, wo sich entsetzliche Szenen abspielten. Eine große Anzahl Personen wurde schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht. Zwei von ihnen sind inzwischen ihren Verletzungen erlegen, drei weitere liegen hoffnungslos darnieder. Das ganze Gebäude ist vollständig niedergebrannt.

1926 wurde Berghaus zum ersten Male von einer geheimnisvollen Krankheit befallen, die sich am 9. Februar wiederholte. Im Verlaufe dieser Krankheit verschied Berghaus dann im März in Gegenwart zweier Ärzte unter Vergiftungserscheinungen. Der geheimnisvolle Fall ist durch die Vernehmung nicht geklärt.

◎ **Bad Oeynhausen**, 24. Okt. (Schweres Motorradunglück.) Auf der Straße Oeynhausen—Minden fuhr ein Kaufmann aus Minden mit seinem Motorrad beim Nehmen einer Kurve in den Straßengraben. Die Gattin des Kaufmanns und eine zweite Begleiterin im Beiwagen waren sofort tot. Der Kaufmann selbst blieb unverletzt.

Vermischtes.

* **Ein Fall von Kinderlähmung in Wilmersdorf.** Berlin, 24. Okt. Wie die Abendblätter berichten soll bei einem Schüler der Goethe-Schule in Wilmersdorf eine Erkrankung an spinaler Kinderlähmung festgestellt worden sein. Sämtliche Schüler der Quarta wurden, nachdem der Unterricht soeben begonnen hatte, wieder nach Hause geschickt, die Klasse geschlossen und sofort auf das gründlichste desinfiziert.

* **Selbstmord eines Polizeihauptmanns.** Berlin, 24. Okt. In den Parkanlagen des früheren Spandauer Exerzierplatzes erschoß sich heute vormittag gegen 7 Uhr der Polizeihauptmann Peter Hansen mit seinem Dienstrevolver. Hansen war bis zum 1. Januar 1927 als Reviervorsteher in Spandau tätig. Anfang des Jahres wurde er als Polizeihauptmann an das Polizeipräsidium in Barmen-Elberfeld versetzt. Etwas Ungünstiges über ihn ist seinen vorgesetzten Dienststellen nicht bekannt geworden. Zur Zeit befand er sich auf Urlaub in Berlin. Welche Gründe ihn zum Selbstmord veranlaßten, bleibt noch aufzuklären.

* **Ein Unfall des Weltumseglers „Hamburg".** Hamburg, 24. Okt. Die deutsche Yacht „Hamburg", mit der, wie bekannt, Kapitän Kircheiß sich seit 1926 auf einer Weltreise befindet, wurde wegen Motorstörung von einem Küstenwachschiff in den Newyorker Hafen eingeschleppt.

* **Autounglück. — Zwei Tote.** Pirmasens, 24. Okt. Gestern abend stürzte auf der Straße Bergzabern—Pirmasens ein mit 5 Personen besetztes Auto auf der Rückfahrt von einem Sonntagsausflug eine Böschung hinunter. Zwei Insassen waren sofort tot, eine Frau erlitt schwere Verletzungen.

* **Rätselhafter Leichenfund in Brüssel.** Brüssel, 24. Okt. (Tel.) Die Polizei entdeckte in der Wohnung des italienischen Kaffeehauskellners Leonardo Malacrida einen Koffer, der eine in drei Teile zerschnittene Leiche enthielt. Der Kopf der Leiche wurde nicht aufgefunden. Man weiß nicht, ob es sich um die Leiche Malacridas oder eines anderen handelt. Jedenfalls ist Malacrida verschwunden. Die Zeitungen schreiben dem Verbrechen verschiedene Beweggründe zu. Sie führen aus, Malacrida habe am Abend mit Freunden in seiner Wohnung Karten gespielt. Am anderen Morgen sei einer davon zurückgekommen und habe den Versuch gemacht, den Koffer mitzunehmen. Weiterhin teilen die Zeitungen in ihren letzten Nachrichten mit, daß in dem Koffer Kleider gefunden worden seien, in denen sich eine Mitgliedskarte des „Fascio" von Mailand auf den Namen Malacridas befand.

Aufzeichnung eines Erdbebens.

w **Newyork, 24. Okt. (Tel.) Der Seismograph der Universität Fordham hat ein Erdbeben aufgezeichnet, das in der Entfernung von 6700 Klm. um 8,10 Uhr vormittags (Newyorker Zeit) stattgefunden hat.**

Außer Newyork wurde ein starkes Erdbeben auch von den Seismographen in Newhaven Annarbor, Cleveland, Denver und Berkeley (Kalifornien) registriert. Die Erdstöße waren so stark, daß die Registriernadel verschiedener Seismographen von der Registrierrolle absprang. Die Newyorker Kabelgesellschaften berichten jedoch keinerlei Störungen des Kabelnetzes in irgendwelcher Richtung.

Anmerkung des WTB.: Nach Mitteilung des Geodätischen Instituts in Potsdam könnte es sich etwa um ein Seebeben im Stillen Ozean oder vielleicht im Karibischen Meer (Antillen) handeln.

Lohnbewegung.

Noch keine Arbeitsaufnahme in Hirschfelde.

tu **Dresden**, 24. Okt. Die Bergarbeiter im sächsischen Hirschfelde haben sich dem Beschluß ihrer Führer nicht gefügt. Sie streikten auch heute noch und sind mit Forderungen hervorgetreten, die bisher gar nicht in Frage standen. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie am Dienstag wieder mit der Arbeit beginnen, weil sie sich andernfalls aller ihrer Rechte begeben würden.

Vor einem Grubenarbeiterstreik in Polen?

tu **Warschau**, 24. Okt. Nach Meldungen aus dem Dombrowaer Kohlenrevier droht dort der Ausbruch eines allgemeinen Streiks der Bergarbeiter. Die Lohnverhandlungen sind ergebnislos geblieben. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeitergewerkschaften hat darauf den Generalstreik angekündigt.

Die Viehmärkte der abgelaufenen Woche.

Preisrückgang in fast allen Gattungen!

Der Auftrieb an Schlachtvieh zu den Hauptviehmärkten im Reiche gestaltete sich in dieser Woche in Rindern, Schafen und Schweinen auf den meisten Märkten höher, in Kälbern meist niedriger. Der Handel verlief fast durchweg langsam. Die Preisbewegung war allgemein nach unten gerichtet. Besonders bei Schweinen gaben die Preise fast durchweg um 1 bis 6 Pfennig je Pfund nach, Rinder wurden teils 1 bis 6 Pfennig je Pfund billiger, teils unverändert und ebenso Kälber meist 1 bis 5 Pfennig je Pfund niedriger, sonst unverändert und nur Schafe konnten meist letzte Preise erzielen bezw. wurden nur auf wenigen Märkten etwas billiger. Ausgesuchte beste Tiere erhielten ganz vereinzelt eine Kleinigkeit höhere Preise. Auf den nachstehenden Märkten notierten für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennig:

	Rinder	Kälber	Schafe	Schweine
Aachen	30—56	—	—	65—75
Augsburg	28—67	70—88	—	60—75
Berlin	20—59	52—95	25—65	54—70
Bremen	25—56	45—85	30—50	48—68
Breslau	18—60	55—82	43—61	58—72
Chemnitz	25—63	76—92	40—58	60—75
Coblenz	18—60	60—82	48—50	58—68
Danzig *)	15—53	30—83	26—38	60—82
Dortmund	30—61	55—93	35—58	52—71
Dresden	25—65	58—96	34—64	52—73
Düsseldorf	20—59	50—85	—	55—72
Elberfeld	25—60	55—88	—	58—73
Essen	30—62	55—115	20—58	55—72
Frankfurt a. M.	28—64	64—82	39—52	60—71
Hamburg	16—58	35—90	24—64	52—68
Hannover	25—63	40—90	25—60	52—69
Husum	18—57	—	42—53	—
Karlsruhe	18—58	58—83	—	61—75
Kassel	30—63	60—76	—	60—71
Kiel	20—55	34—84	36—62	50—69
Köln	25—63	58—110	33—58	52—72
Krefeld	38—55	78—83	45—50	72—77
Leipzig	25—61	58—86	40—66	52—74
Magdeburg	25—62	45—85	20—55	53—72
Mainz	20—62	50—74	—	63—76
Mannheim	16—62	62—84	42—48	58—74
München	21—63	68—90	—	55—72
Nürnberg	26—65	—	—	68—75
Oldenburg i. O.	37—55	—	—	—
Plauen	25—64	80—90	45—60	65—76
Stettin	15—56	40—88	20—55	50—70
Stuttgart	15—64	63—88	—	56—76
Wiesbaden	25—64	60—84	35—55	68—74
Würzburg	20—64	63—86	—	52—67
Zwickau	25—62	70—85	40—60	65—76

*) Für 50 Kilo Lebendgewicht in Danziger Gulden.